



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind

Datum: 12. März 2013

Nummer: 2013-041

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

**Vorlage an den Landrat****betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.**

Vom 12. März 2013

| Inhalt | Seite | Seite |
|--|-------|--|
| 1 Einleitung | | |
| 2 Abzuschreibende Aufträge | | 3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden |
| 2.1 Finanz- und Kirchendirektion | | 3.1 Finanz- und Kirchendirektion |
| - 2.1.1 Postulate | 2 | - 3.1.1 Postulate 3 |
| - 2.1.2 Motionen | 2 | - 3.1.2 Motionen 5 |
| 2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion | | 3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion |
| - 2.2.1 Postulate | 2 | - 3.2.1 Postulate 6 |
| - 2.2.2 Motionen | 2 | - 3.2.2 Motionen 6 |
| 2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion | | 3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion |
| - 2.3.1 Postulate | 2 | - 3.3.1 Postulate 6 |
| - 2.3.2 Motionen | 2 | - 3.3.2 Motionen 10 |
| 2.4 Sicherheitsdirektion | | 3.4 Sicherheitsdirektion |
| - 2.4.1 Postulate | 2 | - 3.4.1 Postulate 12 |
| - 2.4.2 Motionen | 3 | - 3.4.2 Motionen 12 |
| 2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion | | 3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion |
| - 2.5.1 Postulate | 3 | - 3.5.1 Postulate 12 |
| - 2.5.2 Motionen | 3 | - 3.5.2 Motionen 15 |
| 2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat | | 3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat |
| - 2.6.1 Postulate | 3 | - 3.6.1 Postulate 16 |
| - 2.6.2 Motionen | 3 | - 3.6.2 Motionen 16 |
| 4 Anträge | | 16 |

1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2012** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2011** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

2 Abzuschreibende Aufträge

2.1 Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1 Postulate

Keine

2.1.2 Motionen

Keine

2.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

2.2.1 Postulate

2.2.1.1 [2009/339](#); Postulat der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 26. November 2009: Universitäre Akutgeriatrie; überwiesen am 26/11/2009

Auftragsgemäss hat der Regierungsrat die Verlegung der Universitären Akutgeriatrie an das geriatrische Kompetenzzentrum beider Basel auf dem Bruderholz geprüft. Über die Gründe für das Nichtzustandekommen des Kompetenzzentrums ist in der Vorlage 2012-381 ausführlich berichtet worden.

Antrag auf Abschreibung.

2.2.1.2 [2011/049](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 24. Februar 2011: Mehrkosten Spitalfinanzierung 2012; überwiesen am 24/02/2011

Ein Modell zur Berechnung der Beitragskosten an Spitalbehandlungen ist als Grundlage für die Erarbeitung der Spitalliste verwendet worden (www.versorgungsbericht.ch). Die Beiträge für Gemeinwirtschaftliche und Besondere Leistungen der Spitäler sind vom Landrat mit der Vorlage 2011-371 am 3. Mai 2012 beschlossen worden. Die Begehren des Postulates sind erfüllt, es wird somit die Abschreibung beantragt.

Antrag auf Abschreibung.

2.2.1.3 [2010/075](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 11. Februar 2010: Keine Spital-Überversorgung finanzieren im "Speckgürtel"; überwiesen am 24/02/2011

Die Regierung hat die gemeinsame Spitalplanung auftragsgemäss überarbeitet und die Leistungsaufträge kritisch hinterfragt. Aufgrund der Kostenüberlegungen ist auf den Neubau Bruderholz verzichtet worden. Der Vorstoss ist dadurch erfüllt, es wird die Abschreibung beantragt.

Antrag auf Abschreibung.

2.2.1.4 [2011/283](#); Bericht der Petitionskommission vom 17. Oktober 2011: "Vier gebissene Hunde sind genug!"; überwiesen am 03/11/2011

Der Regierungsrat hat von weiteren Massnahmen abgesehen. Der Leinenzwang mit diesem Hund wird eingehalten und der Hund wird kontrolliert. Die Petition kann als erfüllt abgeschrieben werden.

Antrag auf Abschreibung.

2.2.2 Motionen

Keine

2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

2.3.1 Postulate

2.3.1.1 [2007/088](#); Postulat von Martin Rüegg vom 19. April 2007: Bruderholzspital mit Minerogie-P-Standard; überwiesen am 29/11/2007

Aufgrund der Verselbständigung der Spitäler ist der Vorstoss nicht mehr im Zuständigkeitsbereich der Bau- und Umweltschutzdirektion.

Antrag auf Abschreibung.

2.3.1.2 [2011/185](#); Postulat von Christoph Buser vom 9. Juni 2011: Verzicht auf die temporäre prov. Stau-Umfahrung der Rheinstrasse via Ergolzstrasse /Uferweg in Füllinsdorf ("Bypass"); überwiesen am 22/09/2011

Die vorbereitete, temporäre Stauumfahrung der Rheinstrasse via Ergolzstrasse wurde nie aktiviert und wird auch bis zur Eröffnung der H2, Pratteln-Liestal bis am 13. Dezember 2013 nicht aktiviert werden.

Antrag auf Abschreibung.

2.3.2 Motionen

Keine

2.4 Sicherheitsdirektion

2.4.1 Postulate

2.4.1.1 [2006/151](#); Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof; überwiesen am 08/06/2006

Die Bahnsicherungsanlage ARA Frenke 3, Neuhofstrasse wurde am 12.12.2012 termingerecht in Betrieb genommen. Mit dieser Inbetriebnahme wurde wie ge-

plant und kommuniziert die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Bereich Neuhof definitiv auf 60 km/h herabgesetzt. Ein Fussgängerstreifen wurde als nicht zweckmässig erachtet und wurde nicht realisiert; die Fussgängerquerung wurde mittels einer Übergangshilfe gesichert und verbessert. Mit der Bahnsicherungsanlage, der Fussgängerquerung und der auf 60 km/h reduzierten Höchstgeschwindigkeit wurde für die Verkehrssicherheit der zu Fuss Gehenden vom und zum Landgut Neuhof eine optimale Lösung realisiert.

Antrag auf Abschreibung.

2.4.2 Motionen

Keine

2.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

2.5.1 Postulate

2.5.1.1 [2010/353](#); Bericht der Petitionskommission vom 20. Oktober 2010: Petition des VPOD Region Basel: "Klassenlehrpersonen um eine Pflichtlektion entlasten!"; überwiesen am 25/11/2010

Eine ausführliche Stellungnahme des Regierungsrates an den VPOD Region Basel ist am 17. Januar 2012 erfolgt. Mit der Volksabstimmung vom 25. November 2012, Ablehnung der Nichtformulierten Volksinitiative "Ja zur guten Schule Baselland: Betreuung der Schüler/-innen optimieren", ist das Anliegen erledigt.

Antrag auf Abschreibung.

2.5.1.2 [2010/364](#); Postulat von Paul Wenger vom 28. Oktober 2010: Der Ausfall von Unterricht ist an allen Schulen des Kantons Basel-Landschaft weiter zu minimieren; überwiesen am 14/04/2011

Drei-Tage-Block: Die drei Tage Unterrichtseinstellung in der Karwoche stehen im Zuge der Einführung der 5. Ferienwoche auch für Lehrpersonen nicht mehr wie gewohnt als Zusatzressource für die schulinterne Weiterbildung (SCHIWE) zur Verfügung. Schulinterne Weiterbildungen sind in der unterrichtsfreien Karwoche aber nach wie vor möglich, jedoch unter Anrechnung als Arbeitszeit im Rahmen des Berufsauftrags von Lehrpersonen (RRB betreffend die Einführung der 5. Ferienwoche für Lehrpersonen der Schulen des Kantons Basel-Landschaft vom 7. Juni 2011).

Gemäss der vom Regierungsrat am 13. März 2012 beschlossenen Änderung der Stufenverordnungen stehen den Schulen neu befristet bis und mit Schuljahr 2016/17 für die Umsetzung der Bildungsharmonisierung Schuleinstellungen von max. 4 Unterrichtshalbtagen zur Verfügung. Ausdrücklich nicht zulässig sind Schuleinstellungen für ordentliche Weiterbildungsanlässe, die nicht Teil der Umsetzungsarbeiten Bildungsharmonisierung sind. Die Nutzung der dieser Zusatzressourcen soll unter den Schulleitungen im Sekundarschulkreis abgesprochen werden.

Konferenzen der Amtliche Kantonalkonferenz der Lehrerinnen und Lehrer des Kantons Basel-Landschaft (AKK): Im Sinne einer integrierenden Geschäftsplanung Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft wurden und werden die Termine der (Teil-)Konferenzen mit der AKK

abgesprochen. Durch diese Bündelung werden Unterrichtsausfälle erstens minimiert und zweitens -so erforderlich- in den Dienst der Umsetzung Bildungsharmonisierung gestellt.

Antrag auf Abschreibung.

2.5.2 Motionen

Keine

2.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat

2.6.1 Postulate

Keine

2.6.2 Motionen

Keine

3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1 Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1 Postulate

3.1.1.1 [2000/246](#); Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton; überwiesen am 11/01/2001

Bericht erfolgt auf Basis des ablehnenden Volkssentscheids im ersten Halbjahr 2013.

3.1.1.2 [2002/127](#); Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen; überwiesen am 05/09/2002

Bericht erfolgt auf Basis der erfolgten Spitalausgliederung und des ablehnenden Volkssentscheids im ersten Halbjahr 2013.

3.1.1.3 [2003/112](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg; überwiesen am 13/11/2003

Im März 2011 hat der Bundesrat eine Botschaft über die steuerliche Behandlung der berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten verabschiedet. Der Ständerat hat im Juni 2011 der Gesetzesänderung mit einer Abweichung zum Bundesratsentwurf zugestimmt. Die WAK-NR hat Anfang 2012 die Vorlage sistiert und das EFD beauftragt, eine Alternative auszuarbeiten. Die weitere Entwicklung auf Bundesebene ist abzuwarten.

3.1.1.4 [2005/058](#); Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge; überwiesen am 17/11/2005

National- und Ständerat haben am 27. September 2011 bzw. 14. März 2012 eine Motion überwiesen, die eine gesamtschweizerische obligatorische Erdbebenversicherung fordert. Der Bundesrat hat damit einen ver-

bindlichen Auftrag erhalten, die Grundlagen für eine Erdbebenversicherung auszuarbeiten. Es gilt nun abzuwarten, wie die Motion auf Bundesebene umgesetzt wird.

3.1.1.5 [2005/114](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds; überwiesen am 08/06/2006

Der mit dem Gesetz über den unverzüglichen Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal am 18. Mai 2006 beschlossene spezielle Strassenfonds für die H2 (Fonds 8310) ermöglicht es, Erfahrungen mit der zweckgebundenen Strassenfinanzierung zu sammeln. Allerdings stellt die Führung von zwei Strassenfonds gleichzeitig nebeneinander für den Regierungsrat keinen gangbaren Weg dar, und der H2-Fonds stellt auch kein Präjudiz für die Einführung eines generellen Strassenfonds dar. Ein genereller Strassenfonds, gespeist aus zweckgebundenen Steuern, abgaben und Beiträgen, soll deshalb frühestens geprüft werden, wenn der spezielle Strassenfonds für die H2 ausläuft. Dies ist spätestens Ende 2016 der Fall.

3.1.1.6 [2007/159](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. Juni 2007: Klarere gesetzliche Vorgaben und Standards für die Zuweisung von Rückstellungen (Fondsbildung) in der Staatsrechnung; überwiesen am 13/03/2008

Vorarbeiten wurden geleistet, das Anliegen musste aber wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. In Zusammenhang mit einem sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik wird das Anliegen im 2013 weiter bearbeitet.

3.1.1.7 [2007/314](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. Dezember 2007: Einheitliche und gezielte Finanzführung; überwiesen am 22/05/2008

Vorarbeiten wurden geleistet, das Anliegen musste aber wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. In Zusammenhang mit einem sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik wird das Anliegen im 2013 weiter bearbeitet.

3.1.1.8 [2007/284](#); Postulat der SP-Fraktion vom 15. November 2007: Abgangsregelung für hauptamtliche RichterInnen; überwiesen am 22/05/2008

Der Vorstoss wird zusammen mit der Totalrevision der Ruhegehaltsordnung für Mitglieder des Regierungsrates bearbeitet, die im Laufe von 2013 an den Landrat verabschiedet wird.

3.1.1.9 [2008/221](#); Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zentrumsabgeltung an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen; überwiesen am 11/12/2008

Vorarbeiten wurden geleistet und das Anliegen wird weiter durch eine eingesetzte Kommission bearbeitet. Baselland ist auf die Mitwirkung von Basel-Stadt angewiesen.

3.1.1.10 [2008/208](#); Postulat von Pia Fankhauser vom 11. September 2008: Förderung von Alterswohngenossenschaften; überwiesen am 07/05/2009
Entgegen den Erwartungen vor einem Jahr konnte das Postulat aus Ressourcengründen noch nicht erledigt werden. Die Planung sieht vor, den Bericht zum Postulat im 1. Semester 2013 abzuschliessen.

3.1.1.11 [2009/062](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 12. März 2009: Lobbying für kantonale Anliegen beim Bund; überwiesen am 22/04/2010
Das Anliegen wird im 2013 geprüft und das weitere Vorgehen bestimmt.

3.1.1.12 [2009/377](#); Postulat von Siro Imber vom 10. Dezember 2009: Personal für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit; überwiesen am 11/11/2010
Das Postulat konnte im vergangenen Jahr aus Ressourcengründen wiederum nicht beantwortet werden. Der Bericht soll aber bis Mitte 2013 an den Landrat überwiesen werden.

3.1.1.13 [2010/340](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 14. Oktober 2010: Produktivitätskennzahlen in Rechnung und Budget des Kantons; überwiesen am 09/12/2010

Vorarbeiten wurden geleistet, das Anliegen musste aber wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. In Zusammenhang mit einem sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik wird das Anliegen im 2013 weiter bearbeitet.

3.1.1.14 [2010/070](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. Februar 2010: Proaktives Management der Transfer-Finanzflüsse; überwiesen am 09/12/2010

Vorarbeiten wurden geleistet, das Anliegen musste aber wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. In Zusammenhang mit einem sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik wird das Anliegen im 2013 weiter bearbeitet.

3.1.1.15 [2010/366](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 28. Oktober 2010: Klare gesetzliche Regelung für die Auflösung von Reserven und zweckgebundenen Rückstellungen; überwiesen am 13/01/2011

Vorarbeiten wurden geleistet, das Anliegen musste aber wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. In Zusammenhang mit einem sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik wird das Anliegen im 2013 weiter bearbeitet.

3.1.1.16 [2010/096](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. März 2010: Grundlagen für Vorfinanzierungen; überwiesen am 24/02/2011

Vorarbeiten wurden geleistet, das Anliegen musste aber wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. In Zusammenhang mit einem sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik wird das Anliegen im 2013 weiter bearbeitet.

3.1.1.17 [2010/009](#); Postulat der SP-Fraktion vom 14. Januar 2010: Armutsbericht Baselland; überwiesen am 24/02/2011

Mit der Behandlung des Vorstosses wurde zugewartet, bis entsprechende Vorgaben des Bundes und der SODK vorlagen. Nachdem diese seit Ende 2012 vorliegen, wird der Vorstoss im 2013 nun an die Hand genommen.

3.1.1.18 [2010/148](#); Postulat der FIKO vom 15. April 2010: Aufsicht über das interne Kontrollsystem IKS der Gemeinden im Finanzbereich; überwiesen am 03/03/2011

Das Postulat wird in einer separaten Vorlage behandelt, die voraussichtlich dem Landrat vor den Sommerferien zugeleitet werden wird.

3.1.1.19 [2010/214](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 20. Mai 2010: Grundlagen für die Gewährung vergünstigter Darlehen durch den Kanton; überwiesen am 31/03/2011

Vorarbeiten wurden geleistet, das Anliegen musste aber wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. In Zusammenhang mit einem sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik wird das Anliegen im 2013 weiter bearbeitet werden.

3.1.1.20 [2010/297](#); Postulat von Franz Hartmann vom 9. September 2010: Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG, SGS 185); überwiesen am 14/04/2011

Wird im Rahmen der Gesamtevaluation des Finanzausgleichs behandelt. Die damit verbundene Gesetzesänderung wird dem Landrat voraussichtlich in der ersten Hälfte 2015 zugeleitet werden.

3.1.1.21 [2010/344](#); Postulat von Regula Meschberger vom 14. Oktober 2010: Bericht über neue Aufgaben und deren Verteilung auf Kanton und Gemeinden und über allfällige Trägerschaftsänderungen bei bestehenden Aufgaben; überwiesen am 14/04/2011

Wird im Rahmen eines neuen Aufgabenteilungsgesetzes behandelt, das dem Landrat voraussichtlich in der ersten Hälfte 2015 zugeleitet werden wird.

3.1.1.22 [2010/368](#); Postulat von Marianne Hollinger vom 28. Oktober 2010: Grassiert im Kanton eine Fachstellen-itis?; überwiesen am 19/05/2011

Das Anliegen ist Teil der Arbeiten zum Entlastungspaket 12/15 und wird mit den Ü-Massnahmen geprüft.

3.1.1.23 [2010/401](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 25. November 2010: Richtige "Flughöhe" bei Finanzentscheidungen; überwiesen am 09/06/2011

Vorarbeiten wurden geleistet, das Anliegen musste aber wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. In Zusammenhang mit einem sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik wird das Anliegen im 2013 weiter bearbeitet werden.

3.1.1.24 [2011/093](#); Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 31. März 2011: Festlegung von verbesserten und verbindlichen Standards für die Abrechnung von Verpflichtungskrediten; überwiesen am 09/06/2011

Die Vorgaben wurden bereits teilweise angepasst und umgesetzt. Weitere Anpassungen erfolgen in Zusammenhang mit dem sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik.

3.1.1.25 [2010/384](#); Postulat von Elisabeth Augstburger vom 11. November 2010: Bildungsprogramme bzw. Deutschkurse für Asylsuchende; überwiesen am 23/06/2011

Die Vorlage 2010-384 wurde in der Beantwortung noch zurückgestellt, da der Bund ein eigenes Sprachprogramm mit Bewertungssystem (fides) bei einigen Kantonen in der Testphase hat. Die Ergebnisse dazu hätten eigentlich auf Ende 2012 vorliegen sollen. Mangels Umsetzung in den Testkantonen konnte fides aber leider noch nicht ausgewertet werden.

Die fides-Vorlage wird grossen Einfluss auf die Sprachförderung im Migrationsbereich in den Kantonen haben, deshalb ist es sehr wichtig, das Testergebnis des Bundes und die entsprechenden Massnahmen des Bundes zu kennen. Wir rechnen im 2013 mit den Grundlagen für eine gesamtschweizerische Lösung, die die Beantwortung dieses Postulates ermöglicht.

3.1.2 Motionen

3.1.2.1 [2006/007](#); Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge"; überwiesen am 11/05/2006

Vorarbeiten wurden geleistet, das Anliegen musste aber wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. In Zusammenhang mit einem sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik wird das Anliegen im 2013 weiter bearbeitet.

3.1.2.2 [2007/270](#); Motion der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Senkung der Vermögenssteuer ist vordringlich; überwiesen am 13/03/2008

Die Motion soll mit der Vorlage zur wettbewerbsfähigen Anpassung des Vermögens- und Einkommenssteuertarifs abgeschrieben werden. Bevor diese Steuerreform aber umgesetzt werden kann, ist das Entlastungspaket 12/15 fertig zu schnüren und dessen Wirkung abzuwarten. Erst danach kann über weitere Steuersenkungen diskutiert und eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt werden.

3.1.2.3 [2008/204](#); Motion der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Die guten Steuerzahler behalten - Die Steuersätze für hohe Einkommen senken; überwiesen am 11/12/2008

Die Motion soll mit der Vorlage zur wettbewerbsfähigen Anpassung des Vermögens- und Einkommenssteuertarifs abgeschrieben werden. Bevor diese Steuerreform aber umgesetzt werden kann, ist das Entlastungspaket 12/15 fertig zu schnüren und dessen Wirkung abzuwarten. Erst danach kann über weitere Steuersenkungen diskutiert und eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt werden.

3.1.2.4 [2007/195](#); Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Änderung des Sachversicherungsgesetzes betreffend präventiven objektbezogenen Massnahmen gegen Hochwasserschäden; überwiesen am 07/05/2009

Der Vorstoss wird im Rahmen der Gesetzgebung über die Brand- und Elementarschadenprävention abgehandelt, die voraussichtlich 2014 in die Vernehmlassung geschickt werden wird.

3.1.2.5 [2009/227](#); Motion von Elisabeth Schneider vom 10. September 2009: Überarbeitung der Finanzkompetenz von Regierung und Landrat; überwiesen am 14/10/2010

Vorarbeiten wurden geleistet, das Anliegen musste aber wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. In Zusammenhang mit einem sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik wird das Anliegen im 2013 weiter bearbeitet.

3.1.2.6 [2009/225](#); Motion von Christoph Buser vom 10. September 2009: Zurückstufung der Tätigkeiten der Schweizerischen Steuerkonferenz auf die informelle Ebene; überwiesen am 14/10/2010

Die Motion übernimmt inhaltlich die Forderungen der auf Bundesebene eingereichten Motionen von Ständerat Rolf Büttiker vom 11. Juni 2009 (09.3619) und von Nationalrätin Sylvia Flückiger-Bäni von 12. Juni 2009 (09.3640). Die Begründung ist grösstenteils wörtlich übernommen worden. Die Motion von Ständerat Büttiker wurde am 15. September 2009 vom Ständerat und am 18. März 2010 vom Nationalrat angenommen. Nationalrätin Flückiger zog am 18. März 2010 ihre Motion zurück.

Vor der Bearbeitung der Motion auf kantonaler Ebene sind zwecks Koordination und Abgleich die Ergebnisse auf Bundesebene abzuwarten.

3.1.2.7 [2009/149](#); Motion der SP-Fraktion vom 28. Mai 2009: Ergänzungsleistungen für Familien; überwiesen am 14/10/2010

Für die Behandlung des Vorstosses wird das Ergebnis eines nationalen Dialogs abgewartet (zw. EDI, Kantonen, Gemeinden und sozialen Einrichtungen). Dieser Dialog war für 2012 vorgesehen. Bedingt durch den Departementswechsel von BR Burkhalter zu BR Berset ist dieser Anlass auf 2013 verschoben worden. Ein Vorpreschen von BL wäre nicht opportun.

3.1.2.8 [2009/342](#); Motion von Klaus Kirchmayr vom 26. November 2009: Einheitliche Finanzstandards bei Landratsvorlagen; überwiesen am 11/11/2010

Das Anliegen musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. Eine Vorlage soll bis Ende 2013 dem Landrat überwiesen werden.

3.1.2.9 [2010/124](#); Motion von Isaac Reber vom 25. März 2010: Integrierte Finanz- und Investitionsplanung; überwiesen am 09/12/2010

Vorarbeiten wurden geleistet, das Anliegen musste aber wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 zurück gestellt werden. In Zusammenhang mit einem

sich in Arbeit befindenden Konzept zur nachhaltigen Finanzpolitik wird das Anliegen im 2013 weiter bearbeitet.

3.2 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

3.2.1 Postulate

3.2.1.1 [2008/235](#) Postulat von Pia Fankhauser vom 25. September 2008: Palliativmedizin in ein Konzept einbetten - Sterben in Würde ermöglichen; überwiesen am 07/05/2009

Ein Regierungsratsbeschluss für die Bildung einer Arbeitsgruppe Palliativmedizin ist in Erarbeitung.

3.2.1.2 [2010/064](#); Postulat vom 9. Februar 2010: Petition von Swiss Cycling (Schweizerischer Radfahrer-Bund): Wanderwege für Mountainbiker; überwiesen am 11/03/2010

Sachlich sind die Anliegen der Petitionäre im Waldentwicklungsplan Schauenburg erfüllt. Die Beantwortung der Forderung nach einem kantonalen Bike-Konzept und der Öffnung aller Weg erfolgt im Rahmen der Beantwortung des Postulats von Felix Keller (2010/015).

3.2.1.3 [2010/015](#); Postulat von Felix Keller vom 14. Januar 2010: Ein Konzept für eine Nutzung von Wald und Flur; überwiesen am 11/03/2010

Ein Regierungsratsbeschluss durch eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Amts für Wald ist in Arbeit. Die grosse Verzögerung ist die Folge einer Stellenreduktion beim Amt für Wald.

3.2.1.4 [2009/084](#); Postulat von Madeleine Göschke vom 26. März 2009: Früherfassung von Brustkrebs bei Frauen ab 50; überwiesen am 25/03/2010

Eine Landratsvorlage über die Einführung eines Screening-Programmes für Brustkrebs ist ausgearbeitet worden. Sie wird dem Parlament im Lauf des Sommers 2013 vorgelegt werden, sofern die damit verbundenen Mehrausgaben vom Regierungsrat als prioritär eingestuft werden.

3.2.2 Motionen

Keine

3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1 Postulate

3.3.1.1 [1989/024](#); Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 03/05/1993

Die Tramnetzstudie 2020 konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Darin wird eine Verlängerung der Tramlinie 8 ab Neuweilerstrasse bis Allschwil Letten vorgeschlagen. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt, ein analoger Beschluss des Landrats erfolgt noch in der 1. Hälfte 2013.

3.3.1.2 [1998/093](#); Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam; überwiesen am 26/11/1998

Die Umsetzung des Anliegens soll im Rahmen einer Gesamtrevision des öV-Gesetzes erfolgen. Die Erarbeitung der Vorlage hat unterdessen begonnen und soll möglichst rasch der Vernehmlassung zugeführt werden. Die Beantwortung ist jetzt im Rahmen der ÖVG-Revision 2013 vorgesehen.

3.3.1.3 [2003/194](#); Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie); überwiesen am 22/01/2004

Die Tramnetzstudie 2020 konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Darin wird eine Verlängerung der Tramlinie 8 ab Neuweilerstrasse bis Allschwil Letten vorgeschlagen. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt, ein analoger Beschluss des Landrats erfolgt noch in der 1. Hälfte 2013.

3.3.1.4 [2005/101](#); Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio; überwiesen am 26/01/2006

Eine Überprüfung der Strukturen wird in den nächsten Jahren durch die zuständigen Gremien des Tarifverbundes Nordwestschweiz gemeinsam mit den Kantonen durchgeführt. Ergebnisse dazu sind nicht vor 2014 zu erwarten.

3.3.1.5 [2007/049](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. März 2007: Behindertentransport in den öffentlichen Verkehr (ÖV) integrieren; überwiesen am 24/01/2008

Die Umsetzung des Anliegens soll im Rahmen einer Gesamtrevision des öV-Gesetzes erfolgen. Die Erarbeitung der Vorlage hat unterdessen begonnen und soll möglichst rasch der Vernehmlassung zugeführt werden. Die Beantwortung ist jetzt im Rahmen der ÖVG-Revision 2013 vorgesehen.

3.3.1.6 [2007/249](#); Postulat von Eric Nussbaumer vom 18. Oktober 2007: Öffentlicher Nahverkehr im unteren Kantonsteil bis 2030; überwiesen am 24/04/2008

Die geforderte umfassende Überprüfung der öV-Verbindungen im unteren Kantonsteil wird im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) vorgenommen. Gleichzeitig wird 2012/2013 auf Bundesebene die Vorlage „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)“ beraten, welche einen grossen Einfluss auf die Möglichkeiten zur Verbesserung der Bahnverbindungen hat. Nach Vorliegen dieser Arbeiten kann die Beantwortung erfolgen.

3.3.1.7 [2007/233](#); Postulat von Siro Imber vom 20. September 2007: Bessere Umsteigeverbindung an der Tramhaltestelle Brausebad für Allschwil und Schönenbuch; überwiesen am 24/04/2008

Eine betriebliche Abstimmung am Brausebad zwischen der Tramlinie 6 und der Tramlinie 1 und Buslinie 50 erfolgt kontinuierlich. Die heutige Umsteigebeziehung kann als gut bezeichnet werden. Weitergehende Verbesserungen mit Veränderung des Tramnetzes wurden im Rahmen der Tramnetzstudie 2020 entwickelt. Diese

konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt, ein analoger Beschluss des Landrats erfolgt noch in der 1. Hälfte 2013.

3.3.1.8 [2007/166](#); Postulat von Isaac Reber vom 21. Juni 2007: Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund; überwiesen am 24/04/2008

Eine Überprüfung der Strukturen wird in den nächsten Jahren durch die zuständigen Gremien des Tarifverbundes Nordwestschweiz gemeinsam mit den Kantonen durchgeführt. Ergebnisse dazu sind nicht vor 2014 zu erwarten.

3.3.1.9 [2007/254](#); Postulat von Klaus Kirchmayr vom 18. Oktober 2007: Veloverbindungen Reinach - Arlesheim / Dornach; überwiesen am 22/05/2008

Im Rahmen der erfolgten Schwachstellenanalyse bei den Radrouten über den ganzen Kanton wurde Dornachbrugg als Schwachstelle anerkannt. Einfache Sofortmassnahmen sind aber nicht möglich, da die 'normalen' Massnahmen wie Velostreifen zwischen den 2 Kreiseln bereits bestehen bzw. über die Kreuzung Anschluss H 18 nicht möglich sind.

Im Gespräch mit der Gemeinde Reinach hat sich gezeigt, dass es im kommunalen Radwegnetz eine Lücke vom Gewerbegebiet Kägen ins Gebiet Dornachbrugg bzw. bis zum Bahnhof Dornach - Arlesheim gibt.

Es ist nun vorgesehen, eine Machbarkeitsstudie für eine neue Veloverbindung aus dem Gebiet Kägen zum Bahnhof Arlesheim - Dornach zu starten. Die Verbindung erfordert voraussichtlich neue Brücken über die H18 und die Birs. Diese neue Verbindung ist als Massnahme im Agglomerationsprogramm 2. Generation in der A-Liste (Realisierung 2015 - 2018) eingestellt.

Ins Agglomerationsprogramm 2. Generation, Liste A, ist ebenfalls eine neue OeV-Achse Reinach - Bahnhof Arlesheim - Dornach aufgenommen worden. Eine neue Veloverbindung könnte evtl. im Zusammenhang mit dieser Achse realisiert werden. Die verbindlichen Landratsbeschlüsse für diese Vorhaben werden frühestens 2014 vorliegen.

3.3.1.10 [2008/172](#); Postulat von Urs Hess vom 19. Juni 2008: Minergie ohne Nutzungsverlust; überwiesen am 16/10/2008

Dieser Vorstoss bedingt eine Änderung des kant. Energiegesetzes. Seit Dezember 2012 liegt die Energiestrategie des Regierungsrates vor. Im Rahmen der vom Landrat geforderten Totalrevision des EnG wird nun auch das Anliegen dieses Postulats geprüft. Die Inkraftsetzung des neuen EnG BL ist anstatt Ende 2012 neu frühestens für 1.1.2015 vorgesehen.

3.3.1.11 [2008/028](#); Postulat von Siro Imber vom 24. Januar 2008: S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring/Allschwil; überwiesen am 13/11/2008

Im Rahmen der weiteren Arbeiten zum Basler Innentadtunnel (Herzstück) wird auch der Ausbau der Elsässerbahn vertieft geprüft. 2011 wurden die Untersuchungen bezüglich der technischen Realisierbarkeit der Haltestelle Morgartenring durchgeführt. Allerdings kann diese Haltestelle auch bei einem positiven Bescheid zur technischen Umsetzung ihre Wirkung erst entfalten,

wenn eine Einbindung der Strecke Mulhouse – Basel in die Regio-S-Bahn Basel erfolgt ist. Dazu muss sowohl ein gemeinsames Betriebskonzept entwickelt werden als auch entsprechende Fahrzeuge beschafft werden. Die Beantwortung ist mit der LRV zum Vorprojekt Herzstück 2013 vorgesehen.

3.3.1.12 [2008/278](#); Postulat von Esther Maag vom 30. Oktober 2008: Ersatz von Elektro-Widerstandsheizungen; überwiesen am 14/05/2009

Dieser Vorstoss bedingt eine Änderung des kant. Energiegesetzes. Seit Dezember 2012 liegt die Energiestrategie des Regierungsrates vor. Im Rahmen der vom Landrat geforderten Totalrevision des EnG wird nun auch das Anliegen dieses Postulats geprüft. Die Inkraftsetzung des neuen EnG BL ist anstatt Ende 2012 neu frühestens für 1.1.2015 vorgesehen.

3.3.1.13 [2008/304](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 13. November 2008: Direkte Busverbindung zwischen Bruderholzspital und Bahnhof Basel SBB und Tramanschluss für das Bruderholzspital; überwiesen am 28/05/2009

Die Busverbindung wird im Rahmen der Erarbeitung des Generellen Leistungsauftrags ÖV für die Jahre 2014-2017 mit Landratsvorlage 2013/047 geprüft und zur Abschreibung beantragt.

Die Tramverbindung wurde im Rahmen der Tramnetzstudie 2020 geprüft. Diese konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt, ein analoger Beschluss des Landrats erfolgt noch in der 1. Hälfte 2013.

3.3.1.14 [2008/280](#); Postulat von Philipp Schoch vom 30. Oktober 2008: Wärmekraftkopplungsanlagen bei neuen Grossheizungen; überwiesen am 28/05/2009

Dieser Vorstoss bedingt eine Änderung des kant. Energiegesetzes. Seit Dezember 2012 liegt die Energiestrategie des Regierungsrates vor. Im Rahmen der vom Landrat geforderten Totalrevision des EnG wird nun auch das Anliegen dieses Postulats geprüft. Die Inkraftsetzung des neuen EnG BL ist anstatt Ende 2012 neu frühestens für 1.1.2015 vorgesehen.

3.3.1.15 [2008/331](#); Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Dezember 2008: Rückbau Wasgenring / Luzernerring Basel-Stadt; überwiesen am 29/10/2009

Das modifizierte Postulat (Realisierung Zubringer Allschwil; Machbarkeit etc.) wird im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) bearbeitet. Die entsprechende Testplanung wird bis Herbst 2012 abgeschlossen.

Die Abschreibung ist mit der Landratsvorlage zu ELBA (ca. Ende 2014) vorgesehen.

3.3.1.16 [2008/038](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Weiterführung der Pendler- und Ausflugslinie der BLT, Linie 70 vom Aeschenplatz zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 06/05/2010

Das geforderte Anliegen kann derzeit aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens zwischen dem Aeschen- und Centralbahnplatz nicht erfüllt werden. Die Ver-

schiebung der Haltestelle der Linien 80 und 81 vor die Migrosbank am Aeschenplatz hat sich hingegen bewährt und wird beibehalten. Es bestehen somit bequeme Umsteigeverbindungen ab dem Aeschenplatz in Richtung Bahnhof.

Die Frage nach der Weiterführung der beiden Buslinien wurde untergeordnet auch in der Tramnetzstudie 2020 behandelt. Insofern erfolgt die Beantwortung des Postulats im Rahmen des LR-Beschlusses zur Tramnetzstudie 2020 in der 1. Hälfte 2013.

3.3.1.17 [2009/233](#); Postulat von Elisabeth Augstburger vom 10. September 2009: Mit Disc-Recycling CO2-Ausstoss reduzieren und Erdöl sparen; überwiesen am 17/06/2010

Die Prüfungen des Anliegens wie auch speziell der Entwicklungen auf Bundesebene sind abgeschlossen. Eine Landratsvorlage ist derzeit in Erarbeitung und wird im 2. Quartal 2013 vorliegen.

3.3.1.18 [2009/306](#); Postulat von Claudio Wyss vom 29. Oktober 2009: Fördermassnahmen Oekostrom; überwiesen am 09/09/2010

Dieser Vorstoss bedingt eine Änderung des kant. Energiegesetzes. Seit Dezember 2012 liegt die Energiestrategie des Regierungsrates vor. Im Rahmen der vom Landrat geforderten Totalrevision des EnG wird nun auch das Anliegen dieses Postulats geprüft. Die Inkraftsetzung des neuen EnG BL ist anstatt Ende 2012 neu frühestens für 1.1.2015 vorgesehen.

3.3.1.19 [2008/206](#); Postulat von Thomas de Courten vom 11. September 2008: Bioabfälle effizient verwerten; überwiesen am 28/10/2010

Das Anliegen des Postulats soll umgesetzt werden. Dazu ist eine Änderung des kant. Umweltschutzgesetzes notwendig. Die entsprechenden Abklärungen haben mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant. Eine entsprechende Landratsvorlage liegt jetzt vor und befindet sich derzeit in der obligatorischen Vernehmlassung beim Bundesamt für Umwelt. Die Vorlage wird daher im 2. Quartal 2013 dem Landrat überwiesen.

3.3.1.20 [2010/012](#); Postulat von Josua M. Studer vom 14. Januar 2010: Verlängerung und Verknüpfung der Tramlinie 8 mit der Tramlinie 6; überwiesen am 11/11/2010

Die Tramnetzstudie 2020 konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Darin wird eine Verlängerung der Tramlinie 8 ab Neuweilerstrasse bis Allschwil Letten vorgeschlagen, hingegen keine Verknüpfung mit der Tramlinie 6. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt, ein analoger Beschluss des Landrats erfolgt noch in der 1. Hälfte 2013.

3.3.1.21 [2009/260](#); Postulat von Marianne Hollinger vom 24. September 2009: Kantonsstrassen mit Durchgangsverkehr sollen innerorts attraktiver werden!; überwiesen am 11/11/2010

In einem ersten Schritt werden die internen Richtlinien bzgl. der Strassenbreiten überprüft. Das heisst, welche Begegnungsfälle (d.h. das Kreuzen von Fahrzeugen, z.B. Lastwagen mit PW bei 40 km/h) von Fahrzeugen mit welchen Geschwindigkeiten auf welchen Strassentypen massgebend sind. Diese Überprüfung erfolgt in

Abstimmung mit der erfolgten Beantwortung des Postulates 2010/403 (Temporeduktion in Ortszentren) durch die SID. Weiter müssen die Grundsätze bzgl. Querungen (Fussgängerstreifen ja/nein), der Längsführung der Fussgänger (Trottoir ja/nein) etc. überprüft und bearbeitet werden. Dabei sind immer auch zusätzlich die Anforderungen des BeHiG zu beachten. Nach Abschluss dieser Überprüfung werden die gestalterischen Aspekte bearbeitet. Eine abschliessende Landratsvorlage ist daher frühestens anfangs 2014 zu erwarten.

3.3.1.22 [2009/301](#); Postulat der SP-Fraktion vom 29. Oktober 2009: Erschliessung des Bruderholz-Spitals mit dem Tram; überwiesen am 11/11/2010

Die Tramanbindung des Bruderholz-Spitals wurde im Rahmen der Tramnetzstudie 2020 geprüft. Diese konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt, ein analoger Beschluss des Landrats erfolgt noch in der 1. Hälfte 2013.

3.3.1.23 [2009/279](#); Postulat von Felix Keller vom 15. Oktober 2009: Realisierung "Zubringer Allschwil" an die Nordtangente; überwiesen am 11/11/2010

Das Anliegen Realisierung Anschluss Allschwil an die Nordtangente wird im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) bearbeitet. Die entsprechende Testplanung wird bis Herbst 2012 abgeschlossen. Eine allfällige Vorstellung beim RR BS, um eine Aufnahme in den Richtplan BS zu erwirken, ist erst nach Vorliegen der Resultate von ELBA opportun und sinnvoll.

Die Abschreibung ist mit der Landratsvorlage zu ELBA (ca. Ende 2014) vorgesehen.

3.3.1.24 [2009/261](#); Postulat von Petra Schmidt vom 24. September 2009: Rechtsgrundlage Bauinventar BL; überwiesen am 11/11/2010

Die Beantwortung des Postulats ist u.a. abhängig von der Motion 2009/259, Überprüfung des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes. Aus diesem Grund muss für die weitere Bearbeitung ebenfalls die Volksabstimmung zum Referendum Revision Eidg. RPG vom 03. März 2013 abgewartet werden. Danach kann die Berichtserstattung an den Landrat im 2. Quartal 2013 erfolgen.

3.3.1.25 [2010/023](#); Postulat der Grünen-Fraktion vom 14. Januar 2010: Regio S-Bahn: Neuer Wendebahnhof Basel St. Johann und zusätzliche Haltestelle am Morgartenring; überwiesen am 11/11/2010

Derzeit wird anhand von Fahrplanstudien geprüft, ob die beschränkte Kapazität auf der Elsässerbahn eine Weiterführung von S-Bahnen in Richtung Basel St. Johann inkl. Bedienung einer zusätzlichen Haltestelle Morgartenring erlaubt. Anschliessend ist ein neuer Bericht zur Ausgestaltung der Regio-S-Bahn Basel zuhanden des Landrats vorgesehen. Wird zusammen mit der LRV zum Vorprojekt Herzstück 2013 beantwortet.

3.3.1.26 [2010/095](#); Postulat von Christine Koch vom 11. März 2010: Neue S - Bahn - Verbindung Birstal - St. Johann; überwiesen am 25/11/2010

Der Bund hat 2012 die Vorlage „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)“ vorgelegt, welche das Projekt „Leistungssteigerung Basel Ost“ enthält. Damit wird es möglich sein, zusätzliche Züge bis zum Bahnhof Basel zu führen. Ob die beschränkte Kapazität auf der Elsässerbahn eine Weiterführung Richtung Basel St. Johann erlaubt, wird derzeit anhand von Fahrplanstudien geprüft. Anschliessend ist ein neuer Bericht zur Ausgestaltung der Regio-S-Bahn Basel zuhanden des Landrats vorgesehen.

3.3.1.27 [2010/127](#); Postulat von Elisabeth Augstburger vom 25. März 2010: Bewilligungspflicht Velounterstände; überwiesen am 25/11/2010

Der Bericht zum Postulat befindet sich in der Schlussredaktion und wird bis Ende 2. Quartal 2013 vorliegen.

3.3.1.28 [2010/327](#); Postulat der Bau- und Planungskommission vom 23. September 2010: Ausbau und Finanzierung der Hafentram (Südanbindung Auhafe - Schweizerhalle); überwiesen am 13/01/2011

Der geplante Ausbau ist Bestandteil der Leistungsvereinbarung 2013 – 2016 der Hafentram mit dem Bund. Mit dem Bau soll 2014 begonnen werden. Mit Vorliegen der Leistungsvereinbarung kann das Postulat abgeschrieben werden. Ziel: 1. Hälfte 2013.

3.3.1.29 [2010/209](#); Postulat von Elisabeth Schneider vom 20. Mai 2010: Vorortlinie 14 an die BLT - Betrieb mit Tango-Trams; überwiesen am 03/03/2011

Die Frage nach Betreiber und Fahrzeuge pro Tramlinie ist ein Resultat aus der Tramnetzstudie 2020. Die Tramnetzstudie 2020 konnte im März 2012 materiell abgeschlossen werden. Der Grosse Rat BS hat der Tramnetzstudie zugestimmt, ein analoger Beschluss des Landrats erfolgt noch in der 1. Hälfte 2013.

3.3.1.30 [2010/300](#); Postulat von Elisabeth Schneider vom 9. September 2010: Finanzierung und Unterhalt von Bushaltestellen; überwiesen am 03/03/2011

Wird zusammen mit den gleichlautenden Motionen 2010/162 und 2010/163 behandelt. Die Auswirkungen vom Entlastungspaket 12/15 auf das Begehren muss geprüft werden. Danach ist die Abschreibung auf 2014 vorgesehen.

3.3.1.31 [2010/242](#); Postulat von CVP/EVP-Fraktion vom 17. Juni 2010: Behinderten- und betagtegerechter ÖV; überwiesen am 31/03/2011

Die Umsetzung des Anliegens soll im Rahmen einer Gesamtrevision des öV-Gesetzes erfolgen. Diese konnte 2011 nicht abgeschlossen werden. Die Erarbeitung der Vorlage hat unterdessen begonnen und soll möglichst rasch der Vernehmlassung zugeführt werden. Kann im Rahmen der ÖVG-Revision 2013 beantwortet werden.

3.3.1.32 [2010/213](#); Postulat von Jürg Degen vom 20. Mai 2010: Wiederaufnahme von Gesprächen mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Jura und Solothurn zum weiteren Vorgehen in Bezug auf den Bau des Wisenberg隧nels; überwiesen am 31/03/2011

Eine Klärung mit dem Bundesamt für Verkehr bezüglich weiteren Vorgehens 3. Juradurchstich ist aufgegleist. Die Berücksichtigung des Juradurchstichs in der Vorlage FABI in momentan in der parlamentarischen Diskussion im Nationalrat. Auf Ende 2013 soll eine entsprechende Berichterstattung an den Landrat erfolgen.

3.3.1.33 [2011/012](#); Postulat von Elisabeth Augstburger vom 13. Januar 2011: Sicheres Velofahren auf den Kantonsstrassen in Liestal; überwiesen am 19/05/2011

Das gesamte Radroutennetz in Liestal, Frenkendorf und Füllinsdorf wird derzeit in einer Zweckmässigkeitsbeurteilung untersucht. In dem Bericht sollen nicht nur Schwachstellen auf dem bestehenden Netz inkl. der Kantonsstrassen eruiert werden, sondern auch das zukünftige kantonale und kommunale Radroutennetz (im Zuge der anstehenden Veränderungen, u.a. durch die Fertigstellung HPL) festgelegt werden.

Zeitgleich laufen auf einigen Kantonsstrassen separate Teilprojekte, um die Sicherheit für die Velofahrer zu verbessern. Zum Beispiel wurden bereits auf der Arisdörferstrasse in Liestal und der Liestalerstrasse in Frenkendorf einseitige Kernfahrbahnen realisiert. Weitere „Sofortmassnahmen“ sind in Liestal ausserdem für die Kantonalbank-Kreuzung, die Bahnhofstrasse und den Gestadeckplatz in Planung. Für die übrigen Kantonsstrassen bestehen jeweils übergeordnete Projekte, die mehrere Aspekte (Umgestaltung, Erneuerung, etc.) umfassen und im Agglomerationsprogramm 2. Generation (Realisierung 2015-18) angemeldet sind. Nach Abschluss der Überprüfung des gesamten Radroutennetzes soll das Postulat im Rahmen einer separaten LRV oder im Zusammenhang mit der Landratsvorlage für die Übernahme/Erneuerung der Rosenstrasse + Bereinigung Kantonsstrassennetz in Liestal beantwortet werden (v.a. im 2014).

3.3.1.34 [2011/083](#); Postulat von SP-Fraktion vom 31. März 2011: Den Verfassungsauftrag effektiv wahrnehmen; überwiesen am 19/05/2011

Der Bund hat den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Die Schutzzonen bei Kernkraftwerken deshalb auch noch nicht erweitert. Dies ist noch offen. Eine Beantwortung dieses Postulats wird summarisch mit der gleichlautenden Motion 2011/088 im 2. Quartal 2013 beantwortet werden.

3.3.1.35 [2010/362](#); Postulat von Christine Koch vom 28. Oktober 2010: „Der Durchstich“; überwiesen am 09/06/2011

Wie bereits anlässlich der Behandlung des Postulates am 9. Juni 2011 im Landrat ausführlich behandelt, ist ein Baubeginn frühestens 2015 möglich. Die Studienphase und der Variantenentscheid mit Einbezug der Gemeinde Aesch dauerten nun aber deutlich länger wie ursprünglich vorgesehen und konnten erst Ende 2012 abgeschlossen werden. Im 1. Semester 2013 kann nun das Vorprojekt mit ca. 2 Jahren Verzögerung gestartet werden, so dass ein Baubeginn aus heutiger Sicht erst 2016 möglich sein wird. Das Ziel ist, dass der Regierungsrat die Kreditvorlage für das Bauprojekt und die Realisierung des Zubringers Pfeffingerring Ende 1. Semester 2014 an den Landrat überweisen kann. Mit dieser Vorlage soll dann auch das vorliegende Postulat

als erledigt abgeschrieben werden.

3.3.1.36 [2010/385](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 11. November 2010: Regio-S-Bahn Herzstück / Ein Projekt für Public Private Partnership (PPP)?; überwiesen am 09/06/2011

Die Beantwortung erfolgt mit der Landratsvorlage zum Vorprojekt Herzstück im 2013.

3.3.1.37 [2011/035](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 9. Februar 2011: Eigenleistungen an Entsorgungs- und Reinigungskosten von Take-away Anbietern; überwiesen am 09/06/2011

Für die Beantwortung dieses Postulats werden die Ergebnisse aus dem Runden Tisch "Littering" (gleiche Thematik) unter Federführung des Bundesamtes für Umwelt abgewartet. Diese sollten voraussichtlich bis Ende 2013 vorliegen.

3.3.1.38 [2011/110](#); Postulat von Rahel Bänziger vom 14. April 2011: Massnahmenplan für eine Radonsanierung der bekannten 10 belasteten Schulräume in Baselland; überwiesen am 17/11/2011

Das Kantonslabor BL (VGD) führt im Winterhalbjahr 2013/2014 eine breit angelegte Messkampagne über alle (Gemeinden und Kanton) Schulanlagen durch. Mit der Auswertung der Messresultate kann dann aufgezeigt werden, wo Handlungsbedarf besteht. Entsprechend der Eigentümerverantwortung sind anschliessend die notwendigen Massnahmen umzusetzen. Die entsprechende Berichterstattung an den Landrat kann erst nach Vorliegen der Messresultate voraussichtlich in der 2. Hälfte 2014 erfolgen.

3.3.1.39 [2010/386](#); Postulat von Simon Trinkler vom 11. November 2010: Für eine bessere Fluglärm-messung; überwiesen am 08/09/2011

Die Behandlung des Vorstosses erfuhr eine zeitliche Verzögerung aufgrund neuer Abklärungen zur Fluglärm-messung am Euroairport und Wechsel der Zuständigkeit an die BUD. Die Beantwortung erfolgt noch im März 2013.

3.3.2 Motionen

3.3.2.1 [1998/192](#); Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenberg-tunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen; überwiesen am 04/03/1999

Eine Klärung mit dem Bundesamt für Verkehr bezüglich weiteren Vorgehens zum 3. Juradurchstich ist aufgegleist. Die Berücksichtigung des Juradurchstichs in der Vorlage FABI ist momentan in der parlamentarischen Diskussion im Nationalrat.

Auf Ende 2013 soll eine entsprechende Berichterstattung an den Landrat möglich sein.

3.3.2.2 [2007/198](#); Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 01/11/2007

Die Beurteilungsgrundlagen bezüglich Stromerzeugungspotenzials durch Windkraftanlagen im Kanton Basel-Landschaft liegen vor. Diese umfassen so-

wohl die technisch-wirtschaftliche Machbarkeit wie auch die Landschaftsverträglichkeit von Windkraftanlagen resp. Windparks. Windkraftanlagen erfordern aufgrund ihrer erheblichen Raumwirkung einen Eintrag im kantonalen Richtplan. Mögliche Standorte werden derzeit mit den regionalen Elektrizitätsversorgungsunternehmen diskutiert. Diese sind als Netzbetreiber und potentielle Investoren wichtige Partner. Zudem wird das Thema Stromproduktion aus Wind, nach Vorliegen der Energiestrategie 2012 des Kantons BL, auch am politischen Runden Tisch Energie im 1. Halbjahr 2013 diskutiert. Die Behandlung der Motion ist deshalb noch nicht möglich.

3.3.2.3 [2006/246](#); Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen!; überwiesen am 01/11/2007

Der Landrat hat die Vorlage sistiert. Die Bau- und Planungskommission behandelt federführend das Geschäft. Es wird die Volksabstimmung zum Referendum Revision Eidg. RPG vom 03. März 2013 abgewartet. Danach wird die Vorlage entsprechend angepasst.

3.3.2.4 [2007/063](#); Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern; überwiesen am 01/11/2007

Der Landrat hat die Vorlage sistiert. Bau- und Planungskommission behandelt federführend das Geschäft. Es wird die Volksabstimmung zum Referendum Revision Eidg. RPG Anfang März 2013. Danach wird die Vorlage entsprechend angepasst.

3.3.2.5 [2007/226](#); Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie / Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben; überwiesen am 01/11/2007

Für die Erfüllung der Motion muss das kant. Energiegesetz angepasst werden. Seit Dezember 2012 liegt die Energiestrategie des Regierungsrates vor. Im Rahmen der vom Landrat geforderten Totalrevision des EnG wird nun auch das Anliegen der Motion umgesetzt. Die Inkraftsetzung des neuen EnG BL ist anstatt Ende 2012 neu frühestens für 1.1.2015 vorgesehen.

3.3.2.6 [2007/194](#); Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Rasche lokale Verkehrslösungen statt Planungsgleichen; überwiesen am 15/11/2007

Die Forderungen sind in Bearbeitung und werden massgeblich im Rahmen der Entwicklungsplanung Leimental - Birseck - Allschwil (ELBA) abgehandelt. Im Herbst 2013 soll die Landratsvorlage ELBA, welche die richtplanerischen Festlegungen und Folgeaufträge definiert, in die Vernehmlassung gehen. Diverse geforderte Verkehrslösungen (Margarethenstich, Vollanschluss Aesch, Taktverdichtung/Doppelspurausbauten Linie 10/17) werden unabhängig von ELBA vorangetrieben und finden sich im Agglomerationsprogramm Basel (2. Generation). Die Abschreibung ist mit der Landratsvorlage zu ELBA (ca. Ende 2014) vorgesehen.

3.3.2.7 [2007/248](#); Motion von Hannes Schweizer vom 18. Oktober 2007: Windkraftanlagen auch in Schutzgebieten!; überwiesen am 22/05/2008

Die Beurteilungsgrundlagen bezüglich Strom-

erzeugungspotenzials durch Windkraftanlagen im Kanton Basel-Landschaft liegen vor. Diese umfassen sowohl die technisch-wirtschaftliche Machbarkeit wie auch die Landschaftsverträglichkeit von Windkraftanlagen resp. Windparks. Windkraftanlagen erfordern aufgrund ihrer erheblichen Raumwirkung einen Eintrag im kantonalen Richtplan. Mögliche Standorte werden derzeit mit den regionalen Elektrizitätsversorgungsunternehmen diskutiert. Diese sind als Netzbetreiber und potentielle Investoren wichtige Partner. Zudem wird das Thema Stromproduktion aus Wind, nach Vorliegen der Energiestrategie 2012 des Kantons BL, auch am politischen Runden Tisch Energie im 1. Halbjahr 2013 diskutiert. Die Behandlung der Motion ist deshalb noch nicht möglich.

3.3.2.8 [2008/106](#); Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 24. April 2008: Masterplan Verkehr für den Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 13/11/2008

Nachdem das Budget 2013 vom Landrat beschlossen ist und ein Kredit für die Erarbeitung gutgeheissen wurde, wird die Beantwortung bis im 2. Quartal 2013 vorliegen.

3.3.2.9 [2009/229](#); Motion der Grünen-Fraktion vom 10. September 2009: Stopp der Lichtverschmutzung; überwiesen am 17/06/2010

Für die Bearbeitung dieser Motion und der ähnlich lautenden Motion 2011/151 werden zunächst die Absichten des Bundesamtes für Umwelt, eine Regelung auf Eidg. Ebene zu erarbeiten, im 1. Quartal 2013 geklärt. Danach kann die Berichterstattung an der Landrat ausgearbeitet werden.

3.3.2.10 [2009/226](#); Motion von Rolf Richterich vom 10. September 2009: Änderung § 101 Abs. 2 RBG; Garagenvorplätze bei direkten Ausfahrten auf Strassen; überwiesen am 11/11/2010

Der Entwurf der Landratsvorlage befindet sich in der internen Vorprüfung und geht noch im 1. Quartal 2013 in das interne Mitberichtsverfahren. Es wurde vorab geprüft, ob sich eine Behandlung gemeinsam mit anderen Gesetzesanpassungen des RBG aufdrängt. Es erfolgt hingegen nun eine Einzelvorlage und diese wird bis Ende des 2. Quartals 2013 vorliegen.

3.3.2.11 [2010/008](#); Motion von Agathe Schuler vom 14. Januar 2010: Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Anschlusspflicht an Wärmeverbundenanlagen; überwiesen am 11/11/2010

Für die Erfüllung der Motion muss das kant. Energiegesetz angepasst werden. Seit Dezember 2012 liegt die Energiestrategie des Regierungsrates vor. Im Rahmen der vom Landrat geforderten Totalrevision des EnG wird nun auch das Anliegen der Motion umgesetzt. Die Inkraftsetzung des neuen EnG BL ist anstatt Ende 2012 neu frühestens für 1.1.2015 vorgesehen.

3.3.2.12 [2009/299](#); Motion von Petra Schmidt vom 29. Oktober 2009: Änderung Raumplanungs- und Baugesetz (RBG), § 126; überwiesen am 11/11/2010

Der Entwurf der Landratsvorlage ist derzeit in Bearbeitung und wird im 1. Quartal 2013 in das interne Mitberichtsverfahren gehen und danach bis Ende 2. Quartal

2013 vorliegen.

3.3.2.13 [2009/259](#); Motion von Petra Schmidt vom 24. September 2009: Überprüfung des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes; überwiesen am 11/11/2010

Das Anliegen der Motion betrifft inhaltlich auch die LRV Solaranlagen in Kernzonen. Der Landrat hat diese Vorlage sinstiert. Die Bau- und Planungskommission behandelt federführend das Geschäft. Es wird die Volksabstimmung zum Referendum Revision Eidg. Raumplanungsgesetzes vom 03. März 2013 abgewartet. Danach kann die Bearbeitung dieser Motion in Angriff genommen werden.

3.3.2.14 [2008/091](#); Motion von Madeleine Göschke vom 10. April 2008: Nachtflugsperrre auf dem EAP; überwiesen am 22/05/2008

Der Landrat hat es im September 2011 abgelehnt, die Motion abzuschreiben (Antrag des Regierungsrates mit Vorlage 2010/398). Das Anliegen der Motion wird nun weiter neu durch die BUD geprüft und bis Ende 2. Quartal 2013 wird eine erneute Berichterstattung vorliegen.

3.4 Sicherheitsdirektion

3.4.1 Postulate

3.4.1.1 [2006/017](#); Postulat von Madeleine Göschke vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt; überwiesen am 18/05/2006

Es liegt ein verwaltungsinterner Bericht zu diesem Postulat vor. Daraus ergibt sich, dass ein Zusammenschluss der Einsatzzentralen der Blaulichtorganisationen mit grösseren Investitionen verbunden wäre. Offen ist die Frage, ob aus einem Zusammenschluss der Einsatzzentralen der Blaulichtorganisationen ein relevanter Mehrwert für die Sicherheit der Bevölkerung entstehen würde und in welchem Ausmass allfällige Synergien bei den Betriebskosten erzielt werden können. Der Direktionsvorsteher der Sicherheitsdirektion hat entschieden, dass diese Thematik aufgrund des Sachzusammenhanges von derselben Projektorganisation behandelt wird, welche das Postulat 2006/049, Bildet eine Sicherheitsdirektion, bearbeitet. Geprüft werden in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeiten der vertieften Zusammenarbeit mit Basel-Stadt.

3.4.1.2 [2006/049](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion; überwiesen am 18/05/2006

Die Bearbeitung dieses Vorstosses gehört zu den Prioritäten bei der Sicherheitsdirektion im laufenden und im nächsten Jahr. Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe nimmt sich dieser Thematik an, wobei auch die weitere Bearbeitung des Vorstosses 2006/017 (siehe oben) zu ihrem Pflichtenheft gehört.

3.4.2 Motionen

Keine

3.5 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

3.5.1 Postulate

3.5.1.1 [2002/283](#); Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen; überwiesen am 08/05/2003

Die Finanzierung der Platzierung in Pflegefamilien wurde mit der Vorlage 2005/150 erfüllt. Die Frage der Finanzierung der familienbegleitenden Hilfsangebote wird inhaltlich im Rahmen des Projektes Konzept Jugendhilfe Basel-Landschaft behandelt (Regierungsprogramm 2012-2015, BKSD-Z-2, BKSD 16). Die zuständige Arbeitsgruppe hat auf der Basis der Ergebnisse der Konsultation vom Jahr 2011 einen zweiten Bericht erstellt, welcher zehn Handlungsempfehlungen enthält. Der Regierungsrat wird das weitere Vorgehen 2013 beschliessen.

Zwei der Handlungsempfehlungen zielen auf die Erfüllung dieses Postulates: Erstens soll die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion eine Vorlage für die Änderung der Bestimmungen über die Jugendhilfe im Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (SGS 850) ausarbeiten, die eine Gleichstellung definierter Leistungen der ambulanten Jugendhilfe durch anerkannte Anbieter mit derjenigen der stationären Jugendhilfe vorsieht. Zweitens soll als Grundlage für die gesetzliche Verankerung ein Leistungskatalog für Angebote der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe vorgelegt werden. Die entsprechende Gesetzesänderung wird dem Landrat bis Ende 2014 unterbreitet und gleichzeitig das Postulat 2002/283 behandelt.

3.5.1.2 [2004/245](#); Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Uebertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04); überwiesen am 25/11/2004

Im Zuge der Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft wird die Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) vom 9. November 2004 revidiert und dem Landrat im I. Halbjahr 2013 zur Kenntnis gebracht. Der Entwurf der totalrevidierten Verordnung „Schulische Laufbahn“ ging in die Vernehmlassung mit Frist bis Ende Dezember 2012. Gleichzeitig werden die hängigen Vorstösse im Bereich Schülerbeurteilung behandelt.

3.5.1.3 [2005/144](#); Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeugnis an den Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006

Im Zuge der Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft wird die Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) vom 9. November 2004 revidiert und dem Landrat im I. Halbjahr 2013 zur Kenntnis gebracht. Der Entwurf der totalrevidierten Verordnung „Schulische Laufbahn“ ging in die Ver-

nehmlassung mit Frist bis Ende Dezember 2012. Gleichzeitig werden die hängigen Vorstösse im Bereich Schülerbeurteilung behandelt.

3.5.1.4 [2005/146](#); Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen; überwiesen am 23/03/2006

Im Zuge der Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft wird die Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) vom 9. November 2004 revidiert und dem Landrat im I. Halbjahr 2013 zur Kenntnis gebracht. Der Entwurf der totalrevidierten Verordnung „Schulische Laufbahn“ ging in die Vernehmlassung mit Frist bis Ende Dezember 2012. Gleichzeitig werden die hängigen Vorstösse im Bereich Schülerbeurteilung behandelt.

3.5.1.5 [2005/271](#); Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet; überwiesen am 27/04/2006

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.6 [2005/182](#); Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kulturgesetz; überwiesen am 18/05/2006

Die Landratsvorlage Kulturgesetz (mit Beilage Kulturleitbild) wird im Sommer 2013 in die Vernehmlassung gehen. Das Postulat wird im Rahmen dieser Vorlage behandelt.

3.5.1.7 [2006/101](#); Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren; überwiesen am 02/11/2006

Der Vorstoss wird in interdirektionaler Abstimmung erarbeitet und zusammen mit dem Postulat Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion: Ausreichende Deutschkenntnisse sind unabdingbar für den Lernerfolg (2011/094) und dem Postulat der SP-Fraktion: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung (2008/333) behandelt. Die entsprechende Vorlage wird dem Parlament im II. Halbjahr 2013 unterbreitet.

3.5.1.8 [2006/227](#); Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen Erfassung mittels Internet; überwiesen am 15/02/2007

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.9 [2007/068](#); Postulat von Georges Thüning vom 22. März 2007: Förderung des regionalen Theaterschaffens; überwiesen am 06/09/2007

Die Landratsvorlage Kulturgesetz (mit Beilage Kulturleitbild) wird im Sommer 2013 in die Vernehmlassung gehen. Das Postulat wird im Rahmen dieser Vorlage behandelt.

3.5.1.10 [2007/202](#); Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Überprüfung Standorte Universität Basel; überwiesen am 08/05/2008

Aufgrund eines Entscheids des Kantonsgerichts kann ein vorgesehener Standort (Schänzli Muttenz; Institut

für Sport) voraussichtlich nicht realisiert werden; alternativ wird ein Standort auf Münchensteiner Gemeindegebiet (St. Jakob-Areal) entwickelt. Die Masterplanung Polyfeld Muttenz und das Siegerprojekt für den Neubau der Fachhochschule Nordwestschweiz in Muttenz haben zudem im Sommer 2011 eine neue Option für einen weiteren möglichen universitären Standort in BL geschaffen; diese und allfällige weitere Optionen sind im Zusammenhang mit der Arealentwicklung (Wirtschaftsoffensive) zu evaluieren. Die Vorlage wird dem Parlament im III. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.11 [2008/108](#); Postulat von Urs Berger vom 24. April 2008: Gewaltfreie Jugend - Gewaltfreie Schule; überwiesen am 30/10/2008

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.12 [2009/187](#); Postulat von Georges Thüning vom 25. Juni 2009: Einfrierung der Uni-Beiträge und Bekämpfung der Nachwuchsprobleme in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und Studien; überwiesen am 24/09/2009

Das Postulat 2009/187 wird mit der Landratsvorlage zur Motion 2009/005 behandelt.

Im Zuge des Beschlusses der Studentafeln für die Primar- und Sekundarschule sowie das vierjährige Gymnasium durch den Bildungsrat am 13. Juni 2012 wurde die Landratsvorlage zur Motion 2009/005 erarbeitet. Sie wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.13 [2008/333](#); Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung; überwiesen am 24/09/2009

Der Vorstoss wird in interdirektionaler Abstimmung erarbeitet und zusammen mit dem Postulat Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion: Ausreichende Deutschkenntnisse sind unabdingbar für den Lernerfolg (2011/094) und dem Postulat von Christian Steiner: Eltern bilden statt Kinder therapieren (2006/101) behandelt. Die entsprechende Vorlage wird dem Parlament im II. Halbjahr 2013 unterbreitet.

3.5.1.14 [2008/251](#); Postulat der SP-Fraktion vom 16. Oktober 2008: Änderung der Verordnung für die Musikschule; überwiesen am 24/09/2009

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.15 [2008/252](#); Postulat von Beatrice Fuchs vom 16. Oktober 2008: Förderung des Behindertensports durch den Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 12/11/2009

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im I. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.16 [2008/337](#); Postulat von Gerhard Hasler vom 10. Dezember 2008: Drogen an Schulen; Schaffung einer gesetzlichen Grundlage; überwiesen am 11/02/2010

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.1.5.17 [2008/109](#); Postulat von Jacqueline Simonet vom 24. April 2008: Zugang zu Behindertenorganisationen für Nicht-IV-Berechtigte; überwiesen am 20/05/2010

Im Rahmen des Projektes "Umsetzung des Konzeptes der Behindertenhilfe beider Basel" (Regierungsprogramm 2012 -2015, BKSD-Z-3, BKSD 17) wird eine Revision der kantonalrechtlichen Grundlagen der Behindertenhilfe vorbereitet. Die Frage des Zugangs zu Leistungen der Behindertenhilfe wird im Gesetzesentwurf beantwortet und im Gesetzgebungsverfahren entschieden. In diesem Zuge wird die Abschreibung des Postulates in Aussicht genommen. Der Gesetzesentwurf wird dem Landrat voraussichtlich im II. Halbjahr 2014 unterbreitet.

3.5.1.18 [2009/367](#); Postulat von Karl Willmann vom 9. Dezember 2009: Harmonisierung des Bildungsraums Nordwestschweiz; überwiesen am 10/06/2010

Das Postulat 2009/367 wird mit der Landratsvorlage zur Motion 2009/005 behandelt. Im Zuge des Beschlusses der Studentafeln für die Primar- und Sekundarschule sowie das vierjährige Gymnasium durch den Regierungsrat am 13. Juni 2012 wurde die Landratsvorlage zur Motion 2009/005 erarbeitet. Sie wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.19 [2009/232](#); Postulat von Christine Gorren-gourt vom 10. September 2009: Familienfreundliche Musikschule für alle Bevölkerungsschichten; überwiesen am 25/11/2010

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.20 [2009/189](#); Postulat von Martin Rüegg vom 25. Juni 2009: Subventionierung des Sportmuseums Schweiz; überwiesen am 25/11/2010

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.21 [2010/011](#); Postulat von Beatrice Fuchs vom 14. Januar 2010: Schaffung einer Stelle für eine Jugendbeauftragte / einen Jugendbeauftragten für den Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 13/01/2011

Das Anliegen wird inhaltlich im Rahmen des Projektes Konzept Jugendhilfe Basel-Landschaft behandelt (Regierungsprogramm 2012-2015, BKSD-Z-2, BKSD 16). Die zuständige Arbeitsgruppe hat auf der Basis der Ergebnisse der Konsultation vom Jahr 2011 einen zweiten Bericht erstellt, welcher zehn Handlungsempfehlungen enthält. Eine Handlungsempfehlung zielt auf die Erfüllung dieses Postulates: Eine kantonale Koordinationsstelle Kinder- und Jugendhilfe soll aufgrund einer Landratsvorlage für einen Verpflichtungskredit für eine Versuchsphase von vier Jahren geschaffen werden. Die entsprechende Vorlage wird dem Landrat nach dem Beschluss des Konzeptes Kinder- und Jugendhilfe durch den Regierungsrat im III. Quartal 2013 unterbreitet und gleichzeitig das Postulat 2010/011 behandelt.

3.5.1.22 [2010/073](#); Postulat von Isaac Reber vom 11. Februar 2010: Erweiterung der Trägerschaft der

Universität Basel; überwiesen am 09/02/2011

Der Bericht wird dem Landrat gemeinsam mit der Vorlage zur Erneuerung des Leistungsauftrags der Universität im II. Quartal 2013 vorgelegt.

3.5.1.23 [2010/250](#); Postulat von Regula Meschberger vom 24. Juni 2010: Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für Case-Management in den öffentlichen Schulen; überwiesen am 31/03/2011

Das Anliegen wird in der Landratsvorlage betreffend Überführung des Projekts BerufsWegBereitung (BWB) in den Grundauftrag des Amtes für Volksschulen und des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung aufgenommen. Die Vorlage ist bis 15.3.2013 in der Vernehmlassung.

Der Regierungsrat beabsichtigt die Behandlung des Postulates in der Landratsvorlage betreffend Integrative Schulung an der Volksschule: Änderung des Bildungsgesetzes zur Strukturoptimierung der Speziellen Förderung und der Sonderschulung durch Angebots-, Ressourcen- und Zuweisungssteuerung.

3.5.1.24 [2010/257](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 24. Juni 2010: Überprüfung des Stellenschlüssels der Schulsozialdienste; überwiesen am 31/03/2011

Der Stellenschlüssel der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter wird hinsichtlich der Bildungsharmonisierung 2015/2016 überprüft. Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion führt ein Projekt zur Erarbeitung der Grundlagen und zur Vorbereitung des Entscheides. Der Regierungsrat wird über die Anpassung der Verordnung über den Schulsozialdienst auf der Sekundarstufe I und II (SGS 645.31 vom 16. März 2004) Anfang 2014 entscheiden. Das Postulat wird im Rahmen der Verordnungsrevision bearbeitet.

3.5.1.25 [2010/345](#); Postulat von Urs von Bidder vom 14. Oktober 2010: Einführung von Klassenstunden in der Studentafel der Sekundarschule; überwiesen am 31/03/2011

Das Postulat 2010/345 wird mit der Landratsvorlage zur Motion 2009/005 zur Abschreibung beantragt. Im Zuge des Beschlusses der Studentafeln für die Primar- und Sekundarschule sowie das vierjährige Gymnasium durch den Bildungsrat am 13. Juni 2012 wurde die Landratsvorlage zur Motion 2009/005 erarbeitet. Sie wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.26 [2010/241](#); Postulat von Thomas Bühler vom 17. Juni 2010: "45-Minuten-Lektionen an der Primarschule?"; überwiesen am 31/03/2011

Die Berichterstattung zum Postulat ist in der Landratsvorlage 2012/225 vom 21. August 2012, Umsetzung der Bildungsharmonisierung für die Primarstufe ab Schuljahr 2015/16: Änderung des Personaldekrets vom 8. Juni 2000, enthalten.

3.5.1.27 [2010/336](#); Postulat von John Stämpfli vom 14. Oktober 2010: Rettung des Monteverdi-Museums; überwiesen am 14/04/2011

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.1.28 [2011/010](#); Postulat von Karl Willimann vom 13. Januar 2011: Einsitz von Basel-Landschaft im künftigen Eidgenössischen Hochschulrat; überwiesen am 05/05/2011

Die Regierungen der Kantone AG, BL, BS und SO haben in einer analogen Stellungnahme in der Vernehmlassung für das neue Hochschulkonkordat eine Variante eingebracht, die den Einsitz des Kantons BL in den Hochschulrat sicherstellen würde. Der Bericht zum Postulat wird dem Landrat im II. Halbjahr 2013 unterbreitet; nach der Verabschiedung des Hochschulkonkordats durch die EDK (Schweiz. Konferenz der kant. Erziehungsdirektoren), wenn Klarheit über die neue Rechtsform besteht.

3.5.1.29 [2010/416](#); Postulat von Marianne Hollinger vom 8. Dezember 2010: Heime und Sonderschulen - Kostenexplosion stoppen; überwiesen am 05/05/2011

Die Fragen der Steuerung der Kosten für Heimaufenthalte sowie der alternativen Angebote werden inhaltlich im Rahmen des Projektes Konzept Jugendhilfe Basel-Landschaft behandelt (Regierungsprogramm 2012-2015, BKSD-Z-2, BKSD 16). Die zuständige Arbeitsgruppe hat auf der Basis der Ergebnisse der Konsultation vom Jahr 2011 einen zweiten Bericht erstellt, welcher zehn Handlungsempfehlungen enthält; vier davon zielen auf die Erfüllung dieses Postulates. Der Regierungsrat wird das weitere Vorgehen im 2013 beschliessen.

Die Frage der Steuerung der Kosten der Sonderschulung wird im Rahmen der Landratsvorlage „Integrative Schulung“ bearbeitet. Die Vorlage ist erarbeitet und enthält einen Zwischenbericht zum Vorstoss. Sie ging Mitte 2012 in Vernehmlassung und wird dem Landrat im 2013 vorgelegt.

3.5.1.30 [2011/094](#); Postulat von Jürg Wiedemann vom 31. März 2011: Ausreichende Deutschkenntnisse sind unabdingbar für den Lernerfolg; überwiesen am 09/06/2011

Der Vorstoss wird in interdirektionaler Abstimmung erarbeitet und zusammen mit dem Postulat der SP-Fraktion: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung (2008/333) und dem Postulat von Christian Steiner: Eltern bilden statt Kinder therapieren (2006/101) behandelt. Die entsprechende Vorlage wird dem Parlament im II. Halbjahr 2013 unterbreitet.

3.5.1.31 [2011/053](#); Postulat von Christine Gorren-gourt vom 24. Februar 2011: Förderung der volkstümlichen Schweizer Musik in der Musikschule; überwiesen am 09/06/2011

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.2 Motionen

3.5.2.1 [2003/090](#); Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen; überwiesen am 18/09/2003

Die Landratsvorlage Kulturgesetz (mit Beilage Kulturleitbild) wird im Sommer 2013 in die Vernehmlassung

gehen. Die Motion wird im Rahmen dieser Vorlage behandelt.

3.5.2.2 [2003/188](#); Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!; überwiesen am 13/11/2003

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.2.3 [2005/126](#); Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung; überwiesen am 23/03/2006

Die Motion ist Gegenstand der Landratsvorlage „Integrative Schulung“, die der Regierungsrat mit Frist bis Ende Oktober 2012 in die Vernehmlassung gegeben hat. Sachverwandt wird ferner im Zuge der Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft die Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) vom 9. November 2004 revidiert. Der Entwurf der totalrevidierten Verordnung „Schulische Laufbahn“ ging in die Vernehmlassung mit Frist bis Ende Dezember 2012. Die Behandlung der Motion erfolgt mit der Vorlage „Integrative Schulung“ im Jahr 2013.

3.5.2.4 [2006/225](#); Motion von Martin Rüegg vom 21. September 2006: Sport als Promotionsfach; überwiesen am 15/02/2007

Im Zuge der Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft wird die Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) vom 9. November 2004 revidiert und dem Landrat im ersten Halbjahr 2013 zur Kenntnis gebracht. Gleichzeitig werden sämtliche hängigen Vorstösse im Bereich Schülerbeurteilung behandelt. Aufgrund ähnlicher Vorstösse in Basel-Stadt und Aargau wird die Bearbeitung abgestimmt.

3.5.2.5 [2009/109](#); Motion von Regula Meschberger vom 23. April 2009: Musikalische Talentförderung; überwiesen am 12/11/2009

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.5.2.6 [2009/320](#); Motion der FDP-Fraktion vom 12. November 2009: Für ein Kulturleitbild Baselland; überwiesen am 11/02/2010

Die Landratsvorlage Kulturgesetz (mit Beilage Kulturleitbild) wird im Sommer 2013 in die Vernehmlassung gehen. Die Motion wird im Rahmen dieser Vorlage behandelt.

3.5.2.7 [2009/005](#); Motion von Karl Willimann vom 15. Januar 2009: Massnahmenpaket für die Förderung des Interesses an der naturwissenschaftlichen Ausbildung in den Baselbieter Schulen; überwiesen am 25/03/2010

Im Zuge des Beschlusses der Studentafeln für die Primar- und Sekundarschule sowie das vierjährige Gymnasium durch den Bildungsrat am 13. Juni 2012 wurde die Landratsvorlage erarbeitet. Sie wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

Mit der Landratsvorlage zur Motion 2009/005 werden weitere hängige Vorstösse im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Studentafeln bzw. mit dem Bildungsauftrag behandelt.

3.5.2.8 [2009/167](#); Motion von Urs Berger vom 11. Juni 2009: Beiträge an die Berufsbildung; *überwiesen am 25/11/2010*

Die Landratsvorlage ist erarbeitet und wird dem Parlament im II. Quartal 2013 unterbreitet.

3.6 Landeskanzlei / Kantonsgericht / Büro Landrat

3.6.1 Postulate

Keine

3.6.2 Motionen

Keine

* * *

4 Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 12. März 2013

Im Namen des Regierungsrates
die Präsidentin:
der Landschreiber:

Pegoraro
Achermann

Beilagen:

Zur Abschreibung beantragte Postulate und Motionen